

GRÜNE

NUMMER 13/2015

WERKSTATTSSCHRIFTEN

EINE REIHE DER GRÜNEN BILDUNGSWERKSTATT



DIE GRÜNEN -

EINE FRIEDENSPARTEI?

Foto: Dominik Leitner / flickr.com cc-by-sa

DER AUTOR



Wilfried Graf ist Mitbegründer und Co-Direktor des Kelman-Instituts für Interaktive Konfliktlösung Wien/Jerusalem und Mitarbeiter am Zentrum für Friedensforschung an der Universität Klagenfurt.

Er arbeitet als Forscher, Berater und Trainer in Konfliktregionen und Nachkriegsgesellschaften (Sri Lanka, Zant-lasien, Israel und Palästina).

1996–2000 war er Obmann und seit 2013 ist er Beirat der Grünen Bildungswerkstatt.

Sind die Grünen eine Friedenspartei, genauer: Sind sie das noch heute? Damit wir diese Frage diskutieren können, werde ich mit meinem Input erstens versuchen, die Entwicklung des grünen Friedensdenkens im Kontext des friedenspolitischen Denkens insgesamt zu verorten; zweitens auf einige weltgesellschaftliche Rahmenbedingungen und geopolitische Umbrüche verweisen und drittens Thesen einbringen, was grüne Friedenspolitik heute heißen könnte.

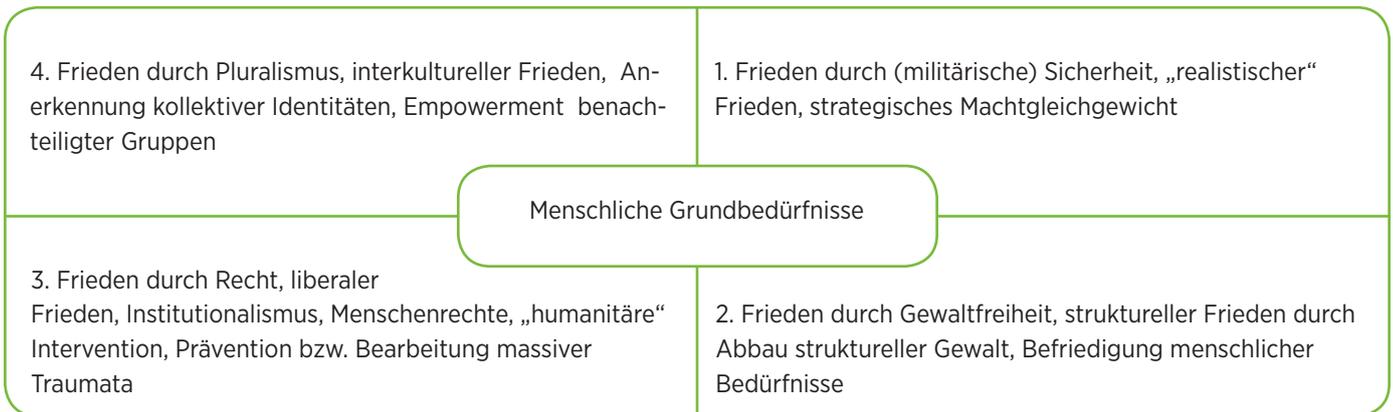
1. ZUR GESCHICHTE DES FRIEDENS-POLITISCHEN DENKENS DER GRÜNEN

Frieden – wie auch Gewalt – lässt sich nicht befriedigend definieren, und es ist fraglich, ob es überhaupt sinnvoll wäre, einen universellen Friedensbegriff zu entwerfen, der unabhängig von Raum und Zeit allgemeine Gültigkeit beansprucht. Zumindest lässt sich aber eine Hauptkontroverse ausmachen, die die gesamte Geschichte der Friedens- und Gewalttheorie durchzieht: Soll sich Friedenspolitik auf das Thema Frieden im engeren Sinne, d.h. verstanden als den Gegensatz zu Krieg, konzentrieren? Oder soll sie einen weiten Friedensbegriff anlegen, der Frieden nicht (nur) als das Gegenteil von Krieg, sondern auch von Gewalt und Ungerechtigkeit begreift?

Ist Gewalt (Krieg und bewaffnete Konflikte) nur physisch zu verstehen, oder umfasst sie auch ökonomische Ausbeutung, politische Unterdrückung, kulturelle Entfremdung oder psychologische Erniedrigung? Die Grünen stehen historisch zweifellos für einen breiteren Begriff von Gewalt und einen breiteren Friedensbegriff, der Achtung der Menschenrechte, Gerechtigkeit und soziale Gleichheit und die Anerkennung kultureller Diversität als Zielformulierungen einschließt.

DIE GRÜNEN - EINE FRIEDENSPARTEI?

In Anlehnung an ein Modell von Oliver Richmond (2008) möchte ich vier Denkschulen oder „Paradigmen“ der Friedenspolitik unterscheiden:



Graphik 1: Vier Denkschulen der Friedenspolitik . Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Richmond (2008: 99-117)

1) Frieden durch Machtgleichgewicht

Die erste Denkschule versteht sich als „realistisch“ und hat einen klaren Fokus auf militärische Sicherheit. Sie fokussiert auf den Staat, mit dem Ziel, direkte, physische Gewalt zu beenden und die Staatsordnung wiederherzustellen bzw. aufzubauen. Zentrale Denkfigur ist die Verteidigung oder Herstellung von Machtgleichgewicht zwischen Staaten mittels Militär und/oder diplomatischem Konfliktmanagement. Ein Musterbeispiel für dieses Paradigma 1 ist die Außenpolitik der USA. Aber auch autoritäre Staaten oder bewaffnete Befreiungsbewegungen stehen in der Tradition dieses „realistischen“ Paradigmas.

2) Frieden durch Gewaltfreiheit und Abbau struktureller Gewalt

Die zweite Denkschule (1970er und 80er Jahre) ist die Kritik am vermeintlichen „Realismus“ der Sicherheitspolitik. Hierbei geht es um Frieden durch Gewaltfreiheit, strukturellen Frieden durch Abbau struktureller Gewalt, Konfliktlösung durch Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse. Diese Denkschule betont, dass auch zivilgesellschaftliche Akteure eine wichtige Rolle für die Konfliktlösung spielen.

3) Frieden durch Recht

Die dritte Denkschule (1990er Jahre), der Ansatz des sogenannten liberalen Friedens, setzt auf Frieden durch Recht bzw. auf die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, Aufbau internationaler Institutionen, Durchsetzung der Demokratie und der Menschenrechte mit multidimensionalen Peacebuilding-Missionen - bis hin zu sogenannten humanitären Militärinterventionen.

Diese Denkschule ist eine inzwischen in liberalen Kreisen im Westen, im UN-System und v. a. in der EU einflussreiche Antwort auf die neuen, v. a. ethnopolitisch geprägten

Konflikte, die nach dem Kalten Krieg entstanden sind. Frieden soll – von außen, etwa über UN-Missionen – durch einen Mix aus belohnenden und bestrafenden Strategien implementiert werden. Der Fokus liegt dabei auf liberaldemokratischen Reformprozessen wie der freien Marktwirtschaft, good governance, der Rechtstaatlichkeit, der Demokratisierung, der Förderung der Menschenrechte und der allgemeinen ökonomischen Entwicklung.

In diesem Sinn wird hier auch die Responsibility to Protect betont, was „humanitäre Interventionen“ legitimiert, die letztlich auf militärischen Machteinsatz angewiesen bleiben. Es gibt in dieser Denkschule eine große Spannweite – vom neoliberalen Friedensdiktat bis hin zu sinnvollen zivilgesellschaftlichen Initiativen.

4) Frieden durch Pluralismus

Die vierte Denkschule setzt auf Frieden durch Pluralismus, interkulturellen Frieden durch Anerkennung kollektiver Identitäten und die Emanzipation benachteiligter Gruppen und Minderheiten. Diese Denkschule fokussiert v. a. auf die Kritik des liberalen Friedenskonzepts, aber auch auf die Kritik der universalistischen, idealistischen und strukturalistischen Konzepte der Gewaltfreiheit der 1970er und 1980er Jahre, mit starkem Bezug auf die postkolonialen, feministischen Bewegungen. Die Kritik bleibt aber meist im theoretischen Diskurs stecken, ein ausgereifter Praxisbezug fehlt vielfach.

Das von Richmond erarbeitete Schema erlaubt, die Geschichte des grünen Friedensdenkens zu reflektieren und die grüne Friedenspolitik ideologisch (oder besser: ideenpolitisch) zu verorten.

a) Die Friedensbewegung im Kalten Krieg war eine der zivilgesellschaftlichen Säulen, aus denen die Grünen als

Partei entstanden sind. Gewaltfreiheit ist deshalb auch einer der Grundwerte der Grünen. Daneben spielten auch andere Werte eine entscheidende Rolle: Neutralität, Menschenrechte, soziale Sicherheit, aber die zugrunde liegende Denkschule in den Anfangsjahren der Grünen war eindeutig die zweite Denkschule.

b) Seit den 1990er Jahren hat das menschenrechtliche Engagement in der Zivilgesellschaft und bei den Grünen an Bedeutung gewonnen, im Kontext einer Reihe von neuen Rahmenbedingungen wie dem Ende des Kalten Kriegs, des EU-Beitritts und der Kriege im ehemaligen Jugoslawien. Damit wurde die Gewaltfrage neu gestellt. Humanitäre Interventionen galten nun unter bestimmten Umständen als legitime Formen der Gewaltausübung. In den grünen Parteien wurden dazu heftige Kontroversen ausgetragen, die von allgemein gesellschaftlicher Bedeutung waren. Einige Grüne unterstützten die einseitige Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens, dann Kroatiens. Einige unterstützten 1999 auch die NATO-Intervention im Kosovo. Und der Mainstream des grünen Friedensdenkens wanderte langsam aber sicher in Richtung der dritten Denkschule, der des liberalen Friedens. In der Außen- und Friedenspolitik der europäischen Grünen ist diese Orientierung heute dominant, Cohn Bendit, Noël Mamère, Rebecca Harms sind keine PazifistInnen im Sinne der zweiten Denkschule.

Zweifelsohne existieren bei den Grünen aber auch heute mehr oder weniger starke Strömungen der Kritik am „realistischen“ oder liberalen Frieden im Sinne der zweiten, aber auch der vierten Denkschule. Deshalb ist meine Antwort auf die Frage, ob die Grünen eine Friedenspartei sind, ein JEIN: Es hängt davon ab, welcher Friede gemeint ist. Und plakativ könnte man und frau vielleicht sagen: der Grundwert der Gewaltfreiheit wurde geschwächt, zugunsten des Grundwerts der Menschenrechte anstatt das Spannungsfeld zwischen den beiden Grundwerten auf komplexe und kreative Weise zusammen zu denken.

2. WELTGESELLSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN UND GEOPOLITISCHE UMBRÜCHE

Die Änderungen des grünen Friedensdenkens reflektieren wie bereits angedeutet auch radikale Umbrüche in der Weltgesellschaft und in Europa:

- 1980er Jahre: Kalter Krieg und internationale Friedensbewegung
- Umbrüche nach 1989: Zerfall des sozialistischen Lagers und Ende des Kalten Kriegs
- 1990er Jahre: EU-Beitritt und Kriege um Jugoslawien

Spätestens seit dem „11. September“, dem folgenden „Krieg gegen den Terror“, bis zu den gegenwärtigen kriegerischen Umbrüchen vom Nahen und Mittleren Osten und zur Ukraine stellen sich die Fragen von Frieden, Gewaltfreiheit und Neutralität für die Grünen wiederum neu. Wir leben heute in einer Übergangsphase großer Komplexität, Unübersichtlichkeit und Ungewissheit, in der klassische „Diagnosen“ und „Prognosen“ kaum mehr möglich sind. Die wichtigsten globalen Machtformationen und Konfliktkonstellationen – sowie einige Entwicklungstendenzen – sollen trotzdem stichwortartig benannt werden:

- 1) ökonomisch: die Fortsetzung und Vertiefung der neoliberalen Globalisierung;
- 2) politisch: die Erosion nationalstaatlicher Macht, die Rückkehr zu Autoritarismus und Nationalismus mit neuen ethnopolitischen Konflikten, Bürgerkriegen und Stellvertreterkriegen;
- 3) militärisch: die NATO-Osterweiterung bzw. die versuchte Einkreisung Russlands und Chinas;
- 4) kulturell: der Rückgriff auf kulturalistische und fundamentalistische Legitimationen und Zielsetzungen, etwa bei den islamistischen Jihadis.

Die weltweite ökonomische Krise und auch in Europa könnte sich weiter vertiefen. Der relative Niedergang der USA könnte sich beschleunigen, und es ist möglich, dass auch eine neue Präsidentin nach Obama das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen kann. Auf jeden Fall zeichnet sich schon jetzt ab, dass die relativ stillen Tage eines EU-Biedermeiers zu Ende gehen, in dem die europäischen Eliten noch über eine interne „Friedensmacht Europa“ träumen konnten, ohne wirkliche Friedenspolitik nach außen zu betreiben.

Das zeigt sich insbesondere an zwei Fronten: Erstens am Konflikt mit Russland über die Ukraine. Es kann heute nicht einmal ausgeschlossen werden, dass NATO und Russland in eine kriegerische Auseinandersetzung geraten. Zweitens an den Rückwirkungen der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten – und insbesondere des Jihadismus – auf Europa.

Die nächsten Jahre könnten dazu führen, dass die Welt immer gefährlicher wird, dass auch die Menschen im Westen zumindest teilweise die Höllensituationen selbst erfahren, in denen sich große Teile der Welt gegenwärtig bereits befinden, und den rechtsextremistischen Rattenfängern immer mehr auf den Leim gehen.

Die nächsten Jahre könnten aber auch den Beginn einer kulturellen Renaissance bedeuten und vielleicht sogar eine systemische Transformation ermöglichen. Die Grünen sollten daran mitarbeiten, eine solche „Metamorphose“ (Morin 1999) mit möglichst friedlichen Mitteln vorzubereiten.

3. GRÜNE

FRIEDENSPOLITIK HEUTE

Angesichts dieser skizzierten Rahmenbedingungen reicht keine der vier Denkschulen aus, um wirklichen Frieden zu schaffen. Die Grünen sind aber derzeit vielleicht die einzige Partei, die ein umfassenderes Friedensdenken entwickeln könnte. Dabei ginge es nicht nur um die Aufhebung der Spannungsfelder zwischen ethischen Grundwerten wie Menschenrechte und Gewaltfreiheit, sondern um eine Integration der legitimen Problemstellungen und Teilwahrheiten aller vier Denkschulen, auf Basis der Theorie und Praxis einer „umfassenden Friedenspolitik“.

a) Umfassende Friedenspolitik statt umfassende Sicherheitspolitik

Im Gegensatz zur Logik der „umfassenden Sicherheit“ geht „umfassende Friedenspolitik“ von einer Logik der zivilen Konfliktbearbeitung mit gewaltfreien bzw. friedlichen Mitteln aus (Wintersteiner/Graf 2011; Graf/Wintersteiner 2012). Statt „Frieden durch Sicherheit“ lautet die Logik hier: „Sicherheit durch Konflikttransformation mit friedlichen Mitteln“:

1. auf der Ebene der politischen Hegemonie;
2. auf der Ebene der sozialen Machtstrukturen;
3. auf der Ebene der ideologischen und kulturellen Narrative;
4. auf der Ebene der psychologischen Traumata.

b) Umfassende Friedenspolitik in der EU und in ganz Europa

Die österreichische Tradition der Neutralität – allerdings interpretiert als aktive Friedenspolitik – kann und muss von Österreich als Beitrag zur Gestaltung der europäischen Politik eingebracht werden, auch wenn die konkreten Möglichkeiten einer Neutralitätspolitik in der EU immer mehr eingeschränkt werden. Anders gesagt: Innerhalb der EU sollte Österreich beharrlich für eine Transformation der GASP, der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, in eine aktive europäische Friedenspolitik eintreten.

„Die Beispiele dafür, wie brüchig der außenpolitische Konsens in der EU ist, sind zahlreich. Das zeigen etwa die drei großen Krisen der letzten Jahre, die sich nicht innerhalb Europas abspielten, Europa aber dennoch in ganz besonderer Weise betrafen:

- Libyen (März 2011): Frankreich und England führen, gegen den Widerstand Deutschlands, eine UN-Resolution herbei, die eine Flugverbotszone über Libyen beschließt und die Staaten auffordert, für ihr Einhalten zu sorgen

– was schließlich dazu verwendet wird, die militärische Unterstützung der Rebellen zu legitimieren. Die folgende Massierung von Waffen in der Region trägt dazu bei, dass auch andere Spaltungslinien in der Region akut werden, z.B. Mali

- Mali (Jänner 2013): Frankreich interveniert, auf Ansuchen der Regierung Malis, eigenständig, nachdem die anderen EU-Staaten eine Beteiligung abgelehnt haben. Die französische Intervention sichert die Integrität des Landes, gleichzeitig ist aber nicht zu übersehen, dass hier auch eigene Interessen im Spiel sind.
- Syrien (Mai 2013): Die EU kann sich nicht auf eine Verlängerung des Waffenembargos verständigen, Frankreich und England, die auf Waffenlieferungen an die Rebellen drängen, haben sich gegen andere Staaten, darunter Österreich, durchgesetzt.

Es sind drei Beispiele mit leicht wechselnden Koalitionen, aber charakteristisch ist, dass die großen europäischen Staaten jedes Mal die gemeinsame Politik verlassen bzw. gar keinen europäischen Konsens suchen, sobald es um von ihnen als elementar eingestufte Interessen geht.“ (Wintersteiner 2014:22-23)

Das vorläufige Scheitern des Verfassungsprozesses in Europa könnte einerseits die volle Durchsetzung der neoliberalen Globalisierung bedeuten, begleitet von einer Rückkehr unumschränkter Hegemonie von USA und NATO in Europa. Die Durchsetzung von TTIP wäre ein Schritt in diese Richtung. Andererseits könnten die negativen Auswirkungen der Globalisierung – soziale Desintegration, neue Kriege, verschärfte Handelskonflikte, wachsende Ungleichheiten zwischen und innerhalb von Regionen und Ländern in der ganzen Welt – auch in Europa den Aufschwung demokratischer und sozialer Initiativen befördern, aber gleichzeitig auch den rechtsgerichteten Populismus, Nationalismus und Militarismus. Wenn der Übergang von intergouvernementalen Entscheidungen zu Mehrheitsentscheidungen dabei nicht durch einen neuen Verfassungsprozess, d.h. legislativ, gelöst werden kann, könnte er noch stärker ideologisch vorangetrieben werden: durch eine Konzentration auf das Paradigma einer „umfassenden militärischen Sicherheitspolitik“ – und die Konstruktion neuer Bedrohungsbilder und Feindbilder (Islam, aber vielleicht auch die USA) beim weiteren Aufbau der Union.

Die Forderungen der KritikerInnen der EU-Militarisierung beschränken sich meist auf klassischen Antimilitarismus und bleiben rein negativ, z. B. Pflüger (2005):

- Auflösung der Battle Groups;
- Auflösung der Rüstungsagentur;
- Ende der militärischen Kerneuropaprogramme;
- Stopp der Aufrüstungsprojekte, die die EU für die globale Kriegsführung fit machen sollen;

- Keine weitere heimliche Umsetzung einer Aufrüstungsverpflichtung;
- Beendigung der engen Kooperation der EU mit der NATO;
- Beendigung von Militäreinsätzen der EU.

Eine umfassendere friedenspolitische Agenda müsste auch positive Ziele umfassen – „konkrete Utopien“. Dazu ein paar Vorschläge, die mir – obwohl schon vor einigen Jahren eingebracht – nach wie vor wichtig erscheinen (Graf 2006):

- Primat ziviler Konfliktbearbeitung als Grundlage der GASP;
- Aufbau einer europäischen Kapazität für zivile Konfliktbearbeitung in Krisengebieten;
- Transformation der gegenwärtigen Verteidigungsbündnisse (inkl. der NATO) in rein defensive und zivile Kapazitäten zur Unterstützung einer europäischen Friedensordnung;
- Ausweitung der Rüstungskontrolle und Non-Proliferations-Politik in eine Politik der Abrüstung und der Ächtung der Massenvernichtungsmittel;
- Schaffung der Voraussetzungen für ein Trockenlegen der Rüstungsexporte (restriktive Produktions- und Exportrichtlinien für alle Erzeugerländer; Unterbindung von Geldwäsche, Fluchtgeldkonten und Korruption);
- Verlagerung des Kampfes gegen Drogen- und Menschenhandel auf wirksame präventive Strategien;
- Reform der UNO.
- Eine Friedensordnung in Europa wäre nicht nur eine Binnenordnung des liberalen Friedens, sondern eine solche, die erlaubt, die neuen und alten historischen Konflikte an der Peripherie und im größeren Europa präventiv und proaktiv zu bearbeiten.
- Die Perspektive eines Beitritts der Türkei zur EU ist nach wie vor wichtig, um eine weitere Polarisierung zwischen dem Westen und der islamischen Staatenwelt abzubauen und muss verbunden werden mit einer wirklichen Bearbeitung der Konflikte zwischen Europa und den anderen islamischen Ländern, inkl. des Nahost-Konflikts!
- Die Unterstützung einer Demokratisierung und Föderalisierung der Ukraine muss konsequent mit einer Perspektive der Partnerschaft der EU mit Russland verbunden werden, sonst könnten sich die Widersprüche zwischen der EU und Russland immer gefährlicher verschärfen.
- Besser als eine integrierte EU-Armee wäre immer noch ein System kooperativer Sicherheit, bei dem die Mitgliedsstaaten in Hinblick auf europäische Friedenssicherung kooperieren. Es kann weniger rasch missbraucht werden.
- Für den Fall dringlicher Schutz- oder Notwehraktionen – d.h. bei beginnendem oder drohendem Genozid (Rwanda, Kosovo) – braucht es – solange die UNO über keine entsprechende Stand-by-Truppe verfügt – weder US-Bombardements noch die „humanitäre“ Intervention durch eine integrierte EU-Armee, sondern den effektiven

Schutz der Zivilbevölkerung mit polizeilichen und notfalls militärischen Mitteln, durch die Friedenstruppen einiger Staaten, in der Regel legitimiert durch einen Auftrag der UNO.

Eine umfassende Friedenspolitik wäre darüber hinaus eine Politik, die sich letztlich die Überwindung des Krieges als zwischenstaatliche Institution zum Ziel setzt – eine durchaus realistische Utopie, ähnlich der historischen Überwindung von Kolonialismus und Sklaverei.

c) Österreichs eigenständiger Beitrag zu einer umfassenden Friedenspolitik

Wintersteiner plädiert in diesem Zusammenhang für den Umbau des österreichischen Verteidigungsministeriums zu einem Ministerium für Frieden und Sicherheit:

„Der Verzicht auf militärische Landesverteidigung würde nicht den vollkommenen Verzicht auf ein Militär bedeuten. Als eine „Friedenstruppe“ sollte es für ausschließlich völkerrechtlich legitimierte Einsätze (UN-Mandat) permanent zur Verfügung stehen. Dies wäre auch eine Stärkung der UNO, die derzeit über keine jederzeit zur Verfügung stehenden Einheiten verfügt. Dieser Logik folgend könnte Österreich tatsächlich auf zivile Konfliktbearbeitung, das kaum noch explorierte Gebiet der systematischen Konfliktprävention sowie auf militärische Einsätze mit UNO-Mandat setzen, die weltinnenpolitisch gesehen Polizeicharakter haben.“

Dabei geht es um folgende Aktivitäten:

1. Um einen Beitrag zur globalen Sicherheit zu leisten, sind Maßnahmen der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Konfliktprävention, humanitäre Einsätze sowie Peacebuilding-Einsätze, auch wenn diese eine militärische Komponente haben, wesentlich wichtiger als die klassischen Funktionen eines Heeres.
2. Was tatsächlich fehlt, wo Österreich von Staaten wie der Schweiz wie auch von Schweden lernen könnte, ist der Aufbau von Expertenteams für zivile Konfliktbearbeitung, wobei sowohl staatliche wie zivilgesellschaftliche Akteure infrage kommen. Hier bietet sich die Analogie zur Feuerwehr an, bei der es ebenfalls eine Berufstruppe und eine Freiwillige Feuerwehr gibt.

Diese friedenspolitisch und von der UNO legitimierten Truppen für den Notfall von Massengewalt gegenüber Zivilbevölkerungen, allerdings mit einem Primat von Friedensmediation und Konflikttransformation, sowie nichtmilitärische Verteidigungsformen könnten den spezifischen Beitrag Österreichs zu einer globalen Friedens- und Sicherheitspolitik darstellen.“ (Wintersteiner 2013:70)

DIE GRÜNEN - EINE FRIEDENSPARTEI?

Die Grünen könnten sich wieder mehr von solchen konkreten Utopien leiten lassen, und sich provokativen Ideen jenseits des mainstreams umfassender Sicherheit und des liberalen Friedens öffnen. Nicht zuletzt ginge es darum, gegen die gegenwärtigen Tendenzen hin zu einem militarisierten Sicherheitsverständnis einer umfassenden Friedenspolitik wieder mehr Aufmerksamkeit im öffentlichen Raum zukommen zu lassen.

LITERATUR

Graf, Wilfried/Werner Wintersteiner (2012): Österreichs Beiträge zu internationaler ziviler Konfliktbearbeitung. Plädoyer für eine wissenschafts-basierte, multi-paradigmatische und multi-methodische Kooperation „auf gleicher Augenhöhe“ zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren. In: Johann Pucher, Johann Frank (Hg.): Strategie und Sicherheit 2012. Der Gestaltungsspielraum der österreichischen Sicherheitspolitik. Wien: Böhlau, S. 439-450.

Graf, Wilfried (2006): Die EU-Sicherheitspolitik. Militärische Supermacht oder Friedensordnung? In: Attac (Hg.) Das kritische EU-Buch. Warum wir ein anderes Europa brauchen. Deuticke, Wien.

Morin, Edgar (1999): Heimatland Erde. Versuch einer planetarischen Politik. Wien: Promedia. (Originalausgabe: Terre Patrie. Paris 1993)

Pflüger, Tobias (2005): EU-Verfassungsvertrag: Die Ablehnungen in Frankreich und den Niederlanden als Chance für eine andere Politik nutzen. IMI-Analyse 2005/015

Richmond, Oliver (2008): Peace in International Relations, London: Routledge.

Wintersteiner, Werner (2014): Das friedenspolitische Potential der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. In: Thomas Roithner/Johann Frank/Eva Huber (Hg.): Werte, Waffen, Wirtschaftsmacht. Wohin steuert die EU-Friedens- und Sicherheitspolitik? Wien: LIT, S. 17-33.

Wintersteiner, Werner (2013): Bescheidener Vorschlag zum Umbau des Verteidigungsministeriums in ein Ministerium für Frieden und Sicherheit – Argumente für eine friedenspolitisch basierte Außenpolitik Österreichs, in: Thomas Roithner, Johann Frank/Eva Huber (Hg.): Wieviel Sicherheit braucht der Friede? Zivile und militärische Näherungen zur österreichischen Sicherheitsstrategie. Wien, S. 57-76.

Wintersteiner, Werner/Graf, Wilfried (2011): Friedensorientierte Sicherheitspolitik durch Konfliktbearbeitung mit friedlichen Mitteln. In: International IV/2011, 20-23.

DIE GRÜNEN WERSTATTSCHRIFTEN

Die grünen Werkstattschriften publizieren in unregelmäßigen Abständen Texte zu wichtigen Themen aus dem grünen Universum.

Wir wollen Diskurse entfachen und Visionen entwerfen. Wir berichten über Experimente und begleiten grüne Alternativen. Wir freuen uns über Beiträge und bitten, diese an buerogbw.at zu schicken.

Impressum:

Die Grüne Bildungswerkstatt • Rooseveltplatz 4-5/7, 1090 Wien • E-Mail: buerogbw.at • Telefon: ++43 1 526 91 11